

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
(24. Sitzung am 30. November 2018)

Beratungsthemen:

Vertraulicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch Herrn Wirtschaftsminister Dr. Althusmann zu aktuellen Ereignissen bei der Volkswagen AG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Öffentlicher Sitzungsteil

2. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung zum Thema „Aus für die CeBIT“ und deren Folgen**

Der Ausschuss beschloss, sich durch die Landesregierung mündlich unterrichten zu lassen.

3. a) **Niedersachsen braucht jetzt ein eigenes LNG-Konzept!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1392](#)

- b) **Flüssiggasterminal an der niedersächsischen Nordseeküste errichten, umfassendes LNG-Konzept erstellen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2194](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags zu a) unter Berücksichtigung eines Auszugs aus der Niederschrift des Unterausschusses „Häfen und Schifffahrt“ und eines Auszugs aus der Niederschrift des mitberatenden Umweltausschusses, aus denen sich deren Meinungsbild ergibt, fort und nahm die Beratung des Antrags zu b) auf.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE
Enthaltung: FDP, AfD

Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE
Ablehnung: FDP
Enthaltung: AfD

4. **Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Hersteller zügig voranbringen und endlich umsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1632](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Hierzu lag ihm unter dem Datum vom 16. November 2018 eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung vor.

Die Koalitionsfraktionen kündigten die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU und gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz um Stellungnahme zu den seine Zuständigkeit berührenden Aspekten zu bitten.

Den Verfahrensantrag des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, heute über den Entschließungsantrag seiner Fraktion zu beschließen, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD und gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD - bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP - ab.

5. **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1843](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung unter Berücksichtigung des Inhalts einer schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung fort. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen kündigten einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag an. Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 1 GO LT den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz um Stellungnahme zu den seine Zuständigkeit berührenden Aspekten zu bitten.

6. **Carsharing und Elektromobilität voranbringen - Öffnungsklauseln für innerstädtische Parkplatzbewirtschaftung gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1853](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung unter Berücksichtigung des Inhalts einer schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung und einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens fort. Er kam überein, weitere schriftliche Stellungnahmen zu dem Antragsbegehren einzuholen. Jede Fraktion soll einen Sachverständigen benennen dürfen. Die Arbeitskreissprecher wurden gebeten, der Landtagsverwaltung die Namen der schriftlich anzuhörenden Sachverständigen mitzuteilen.

7. **Fortführung Landesprogramm - Radschnellwegenetz für Niedersachsen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1833](#)

Der Ausschuss beriet den Antrag, der in der 31. Plenarsitzung an ihn zurücküberwiesen wurde, erneut und hielt an seiner Beschlussempfehlung - Drs.18/2044 - mit unverändertem Abstimmungsverhalten fest:

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

8. **Tarifautonomie und Mitbestimmung stärken - Gewerkschaften beim Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2032](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung mit einer mündlichen Unterrichtung durch die Landesregierung fort.

Auf Bitte des Sprechers der CDU-Fraktion kam der Ausschuss überein, wegen des am 7. und 8. Dezember 2018 stattfindenden Bundesparteitags der CDU am 7. Dezember 2018 keine Ausschusssitzung durchzuführen.

Auf Wunsch des Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen traf der Ausschuss vor diesem Hintergrund folgende Vereinbarungen:

Der Ausschuss lässt sich unter dem Eindruck der jüngsten Kritik aus dem Landkreis Lüneburg am Dialogforum und insbesondere dem Projektbeirats zeitnah durch die Landesregierung zu dem Projekt Alpha E schriftlich unterrichten.

Der Ausschuss beginnt in der Sitzung am 11. Januar 2019 mit der Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Schnelles Netz für alle: 5G-Versteigerung muss sinnvolle Parameter setzen“ - [Drs. 18/2141](#).